



# Brief aus Berlin

Dr. Franz Josef Jung MdB  
Ihr direkt gewählter Abgeordneter für Groß-Gerau

Ausgabe 18. 16. Dezember 2011

## IMPRESSUM

Verantwortlich i.S.d.P. für diesen Newsletter:

Dr. Franz Josef Jung MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227-75447  
Fax: 030 / 227-76447  
e-mail: [franz-josef.jung@bundestag.de](mailto:franz-josef.jung@bundestag.de)  
Internet: [www.franz-josef-jung.de](http://www.franz-josef-jung.de)

## LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER!

Das Ende eines Jahres bietet immer die Gelegenheit kurz inne zu halten und das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen.

Die christlich-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat seit dem Herbst 2009 die Rahmenbedingungen für den Aufschwung von Deutschland weiter verbessert. Auch in diesem Jahr haben wir es durch kluge Politik geschafft, den erfolgreichen Kurs Deutschlands in Europa nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise zu halten. Die Arbeitslosenzahlen sind mit 2,7 Mio. auf dem niedrigsten Stand seit 20 Jahren, die Wirtschaft wächst stetig und die Neuverschuldung wird von veranschlagten 48,4 Mrd. € in 2011 auf unter 20 Mrd. € sinken. Deutschland wird damit den Vorgaben der Schuldenbremse des Grundgesetzes und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes dauerhaft nachkommen und so Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive in Europa bleiben.

Politik kann eine solche Entwicklung nicht erzwingen, sie kann sie nur fördern. Ich bin der Überzeugung, dass die christlich-liberale Koalition dies geschafft hat. Daran müssen wir auch im nächsten Jahr festhalten und weiter für die Menschen in unserem Land erfolgreich arbeiten.

### Regierungserklärung

#### **GIPFELBESCHLÜSSE VERLEIHEN EUROPÄISCHEM EINIGUNGSPROZESS SCHUB!**

**Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die historische Dimension der Beschlüsse des Europäischen Rates in der vergangenen Woche in ihrer Regierungserklärung betont. Denn man rede nicht mehr nur über die Fiskalunion, sondern man habe angefangen, sie zu schaffen. Dies sei das Ziel der Bundesregierung für den Gipfel gewesen und man habe es erreicht.**

Damit wurde der richtige Weg aufgezeigt. Gleichzeitig haben die Staats- und Regierungschefs das Tor zur vertieften politischen Integration weit aufgestoßen. Das ist ein großer Erfolg für unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel und die deutsch-französische Partnerschaft, die diesen Durchbruch ermöglicht hat. Mit dem fiskalpolitischen Pakt, der bis März 2012 ausgearbeitet wird, entsteht eine neue Vertragsgrundlage für den Euro. Wer die gemeinsamen Grenzen von Staatsdefizit und Gesamtverschuldung nicht beachtet, unterliegt fortan Eingriffen der Vertragsgemeinschaft. Dabei handelt es sich weniger um „Strafen“ als um nationale Reformpflichten, die die betroffenen Mitgliedstaaten nicht schädigen, sondern stabilisieren – und damit gleichermaßen im Gemeinschafts- wie im Nationalinteresse liegen. Nicht nur die Regierungen der 17 Euro-, sondern aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zeigen sich zum fiskalpolitischen Pakt bereit – bedauerlicherweise mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs. In den kommenden drei Monaten kommt es vor allem auch darauf an, die Unterstützung der nationalen Parlamente zu gewinnen.

Für uns im Deutschen Bundestag besteht zunächst kein unmittelbarer Entscheidungsbedarf. Wir haben die jetzt in Brüssel vereinbarte Schuldenbremse bereits im Grundgesetz verankert, den Haftungsrahmen des Bundeshaushalts abgesteckt und das Instrumentarium des Euro-Rettungsschirms EFSF gebilligt.

**ICH WÜNSCHE ALLEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN EINE  
FROHE UND GESEGNETE WEIHNACHT UND EIN GUTES UND  
FRIEDLICHES NEUES JAHR 2012!**

**IHR FRANZ JOSEF JUNG**

### **Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011**

**Wir debattierten in dieser Woche den  
Bericht der Bundesregierung zum Stand  
der Deutschen Einheit 2011.**

Der Bericht gibt in verschiedenen Kapiteln einen Überblick über den Stand der Deutschen Einheit. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile von 43 auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen. Im Vergleich zu strukturschwächeren westdeutschen Ländern liegt das Niveau der ostdeutschen Flächenländer inzwischen bei 83 Prozent. Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Ländern hat sich mit jetzt unter einer Million Arbeitslosen fortgesetzt.

### **Afghanistan – Übergabe in Verantwortung erfolgreich umsetzen.**

In dieser Woche haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) beraten und dabei die Mandatsobergrenze von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Damit nimmt der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan konkrete Form an. Je nach Entwicklung der Sicherheitslage und des Übergabeprozesses soll die tatsächliche Truppenstärke im Verlauf des nächsten Jahres weiter auf 4.400 reduziert werden. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein.

Zur internationalen Afghanistan-Konferenz in Bonn am 5. Dezember 2011 ist es uns gelungen, die wichtigsten Akteure aus Afghanistan an einen Tisch zu bringen und das internationale Engagement mit den Erwartungen und Zielen der Afghanen abzustimmen. Von der Konferenz ging die Botschaft aus, dass Afghanistan beim zivilen Aufbau auch über 2014 hinaus auf unsere Unterstützung zählen kann.